

den institutionellen Integrationsprozeß untersucht, aus dieser Perspektive die Parteien behandelt und folglich die innenpolitischen Bedingungen für die Entfaltung der außenpolitischen Vorstellungen der Parteien vernachlässigt.

William E. Paterson lehnt diesen Ansatz ab, vielmehr will er die »inter-party«- und »intra-party«-Faktoren (Vorwort, S. IX) prüfen, nicht nur weil sie wichtig für die Herausbildung der sozialdemokratischen Europakonzeption sind, sondern weil sie auch Aufschluß über das politische System BRD insgesamt geben.

Dem Problemfeld Opposition – Außenpolitik wendet sich der Autor mit Hilfe der Oppositionsmodelle von Otto Kirchheimer (»The Waning of the Opposition in Parliamentary Regimes, in: Social Research XXVI, 1957, pp. 127–156) zu. Er kommt zu dem Schluß, daß das klassische britische Modell des Gegeneinanders von Regierung und Opposition in der ersten Phase der Opposition der SPD, die er von 1949 bis zum Tode Kurt Schumachers im Jahre 1952 ansetzt, vorherrschend war (Vorwort, S. X). Eine Opposition aus Prinzip – das zweite Modell – glaubt Paterson in dem Kampf der Sozialdemokraten gegen die Nato-Verträge ausmachen zu können (Vorwort, S. X). Die beiden Modelle von Opposition, die die Außenpolitik der SPD in den Jahren von 1949 bis 1955/56 bestimmten, wurden nach der Billigung der EWG-Verträge durch eine Form der Zusammenarbeit abgelöst, bei der man Unterschiede in den Zielvorstellungen zwischen Regierung und Opposition nicht mehr erkennen kann. Dieses ist für Paterson das dritte Modell, d. h. das der »no substantive opposition to government measures« (Vorwort, S. XI).

Die Kombination dieser Ansätze ermöglicht eine differenzierte Analyse der Europapolitik der SPD. Die Studie ist sehr materialreich und zeigt eine große Sachkenntnis des Autors von den Problemen der SPD. Auf den Inhalt der Studie soll hier nicht eingegangen werden, deshalb werden weitere Einzelheiten der Darstellung nicht behandelt; wichtig war vor allem die Diskussion über den Forschungsansatz, den Paterson gewählt hat, der besondere Beachtung verdient, da er neue Aspekte in die konzeptionelle Auseinandersetzung über die Erforschung des Problemfeldes Opposition – Außenpolitik eingebracht hat. Bemerkenswert für den deutschen Leser ist die Empfehlung, die William E. Paterson im Schlußteil des Buches an die Labour Party richtet. Der Wechsel der SPD in den Einstellungen zur europäischen Integration, die der Autor gutheißt, enthält seiner Meinung nach einige wichtige Lektionen (»some important lessons«, S. 153) für die britische Partei. Die wichtigste Lektion besteht in der Erkenntnis, daß die Ablehnung der europäischen Integration aus Angst um die verminderte nationale Souveränität ein unrealistisches Argument ist (S. 153).

Die Arbeit von Paterson ist ein wichtiger Beitrag zur Erforschung der Außenpolitik der SPD; entsprechende deutsche Studien liegen noch nicht vor. Kurt Schmitz

Karlheinz Niclaß, *Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik 1945–1949* (= Piper Sozialwissenschaft. Texte und Studien zur Politologie, Bd. 23), Verlag R. Piper, München 1974, 285 S., kart., 24 DM.

Das Erkenntnisinteresse des Autors ist zweifach begründet: in der Tatsache, daß die Erforschung der deutschen Nachkriegsgeschichte noch am Anfang steht und demzufolge viele allgemein- und verfassungspolitische Fragen ungeklärt sind, und in der Aktualität, die faktische oder vermeintliche Zielsetzungen, die nach 1945/46 entwickelt wurden, besitzen; man denke beim zuletzt genannten Punkt nur an die unvermindert lebhaft diskutierte Diskussion um Inhalt und Konsequenzen des grundgesetzlichen Sozialstaatsartikels. In Abhebung und Ergänzung zu den beiden bislang dominierenden nachkriegsgeschichtlichen Themen – Staatsgründung 1948/49 und Ursachen der deutschen Teilung – nimmt sich Niclaß, der seinen eigenen politisch-wissenschaftlichen Hintergrund in der vom rationalistischen Demo-

kratieverständnis prinzipiell unterschiedenen »historisch-empirischen Theorie« sieht, der Konstituierung der Bundesrepublik als eines »Demokratiegründungsprozesses« an. Dieser soll mittels der »rückschauenden Betrachtungsweise« beschrieben und analysiert werden. Der so gekennzeichnete methodische Zugriff bedeutet, daß die gesamte westdeutsche Entwicklung seit 1945 in die Betrachtung einbezogen wird, nicht nur der knappe Zeitraum von 1948/49, mit dem sich frühere Arbeiten zur »Staatsgründung« im wesentlichen beschieden haben.

Niclauß geht von zwei im Grunde gegensätzlichen Demokratiekonzeptionen aus, der »sozialen Mehrheitsdemokratie« und der »konstitutionellen Demokratie«. Die Anhänger der sozialen Mehrheitsdemokratie plädieren von einem ökonomisch geprägten Geschichts- und Politikverständnis her für eine bewußte, aktive Planung und Lenkung wirtschaftlich-gesellschaftlicher Entwicklungen; im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsbereich hat für sie das parlamentarische Mehrheitsvotum ausschlaggebenden Rang. Die konstitutionellen Demokraten wenden sich aufgrund ihrer Kritik an modernen massengesellschaftlichen Tendenzen gegen kollektivistisch-planerische Intentionen; sie orientieren sich an der Idee sozialer Dezentralisation, der auf dem eigentlich politischen Feld die Gewaltenteilung mit dem Ziel der Herstellung eines Gleichgewichtssystems entspricht. Dieses Gegenüber zweier Demokratiekonzeptionen ist nicht ohne weiteres identisch mit der parteipolitischen Frontstellung. Eine Ausnahme macht die SPD, die insgesamt und in jeder Hinsicht der sozialen Mehrheitsdemokratie zuzurechnen ist. Wichtige Teile des konstitutionell-demokratischen Konzeptes werden zwar im Lager der Christlichen Demokraten und auf Seiten der Liberalen vertreten. Aber die hier feststellbaren Ausnahmen sind gravierend: die frühe Wirtschaftsprogrammatische der CDU/CSU, die teilweise mehrheitsdemokratischen Vorstellungen entspricht, und die verfassungspolitische Strategie der Liberalen, wie sie besonders in Koalitionen mit der SPD während der Grundgesetzberatungen zutage tritt. Zwischen beiden Demokratiekonzeptionen gibt es einen großen Konsensbereich. Er umfaßt nach Niclauß: die Bejahung der parlamentarischen und parteienstaatlichen Demokratie; die Einsicht in die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte; die positiven Lösungsvorschläge zur Sicherung der Funktionsfähigkeit und zum Schutz der Demokratie; die Einschätzung der Position des Staatsoberhauptes; das Problem der Parlamentsauflösung.

Niclauß beginnt, dem Untersuchungsansatz gemäß, mit einer ausführlichen Referierung der 1946/47 geführten Diskussionen, vor allem der Debatten in den einzelnen Landtagen. Noch deutlicher treten die Konturen der sozialen Mehrheitsdemokratie und der konstitutionellen Demokratie bei der Analyse der Grundgesetzberatungen hervor. Der Autor verzichtet auf eine Gesamtdarstellung von Struktur und Arbeit des Parlamentarischen Rates. Statt dessen widmet er sich unter Benutzung vor allem der Protokoll- und Berichtsmaterialien zu den Plenar- und Ausschusssitzungen fünf zentralen Verfassungsproblemen: der Zweikammerfrage, der Stellung der Judikative, der Grundrechtsproblematik sowie der Regelung der Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten. In diesem Abschnitt scheint uns die Darstellung der Akzentverlagerung vom Grundrechtsteil auf die legislatorischen Kompetenzbestimmungen mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die verfassungspolitische Behandlung der Eigentums- und Sozialisierungsfrage am bemerkenswertesten zu sein.

Die Verhandlungen um ein Grundgesetz für Westdeutschland endeten, wie der Verfasser sicher nachweist, mit einem nicht unerheblichen Plus für die soziale Mehrheitsdemokratie. Ihr war es gelungen, relativ weitgehende Befugnisse des Bundesgesetzgebers zu verankern, die in der Folge nicht zuletzt den Sektor der Sozial- und Wirtschaftsordnung tangierten. Außerdem wurde die Position des unmittelbar gewählten Parlaments gestärkt, entgegen den Tendenzen zur legislatorischen Gleichberechtigung von zwei Kammern oder zur Ausweitung des Bereiches der Zustimmungsgesetzgebung. Die konstitutionelle Demokratie hin-

gegen kam in der am Machtverteilungsprinzip orientierten Ausgestaltung der Judikative zum Zuge, später, in der bundesrepublikanischen Verfassungspraxis, auch in der Entwicklung des Bundesrates zu einem nicht geringzuschätzenden Faktor der Gewaltenteilung. Der Verfassungsgeber hat sich nach Niclaß letztlich die »Konkurrenztheorie der Demokratie« zu eigen gemacht, ein politisches Ordnungsprinzip also, aufgrund dessen der überwiegende Teil der Probleme durch Mehrheitsentscheid zu lösen ist und das den jeweils zu ermittelnden Konsensus an die Stelle vorgegebener Gemeinwohlideale treten läßt. Der gesellschaftliche Pluralismus, das Charakteristikum der Konkurrenztheorie, erscheint als die eine Grundeigenschaft der Bonner Demokratie. Die andere ist die soziale Komponente, die sich in der Erweiterung des öffentlichen Aufgabenbereiches äußert. Niclaß warnt zum Schluß jedoch davor, die als »sozial« zu bezeichnende Demokratieform in eine Staatszielbestimmung zur Sozial- und Wirtschaftsordnung umzudeuten: »Der Parlamentarische Rat konnte an der Formulierung eines umfassenden Postulats nicht interessiert sein, weil er damit seiner Entscheidung für eine pluralistische, in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen offene Demokratieform selbst widersprochen hätte. Hieraus läßt sich die allgemeine Folgerung ableiten, daß jede Interpretation des Sozialstaatsgrundsatzes, welche über den Bereich der Verfassungsauslegung für die Zwecke der Judikative hinausgeht, Gefahr läuft, mit dem Demokratieverständnis des Verfassungsgebers in Konflikt zu geraten« (S. 252).

Mit der präzisen, klaren und bewußt sparsam annotierten Darstellung des etwa vier Jahre währenden Diskussions- und Willensbildungsprozesses hat der Autor einen Beitrag zur Analyse der Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik geleistet, der in Fachwissenschaften und politischer Pädagogik gleichermaßen Beachtung finden sollte. Dankenswert sind nicht zum wenigsten die Hinweise, die er zur Verknüpfung der in den Länderparlamenten und verfassunggebenden Versammlungen stattfindenden Debatten mit Verfassung und politischer Realität der Weimarer Republik sowie der Anfangsphase des Dritten Reiches gibt. Dagegen ist das nahezu vollständige Fehlen von Bezugnahmen auf die praktisch-politische Entwicklung, insbesondere auf sozioökonomische Fakten und Trends, bedauerlich, auch für jemanden, der ideen- und institutionsgeschichtliche Ansätze von Fall zu Fall immer noch für legitim und fruchtbar hält. Daß sich, selbst bei Annahme einer relativen Exklusivität der verfassungsschöpferischen Gremien und Aktivitäten, »Demokratiegründung« und »Entstehung der Bundesrepublik« im Wirken von Ideen und in der Tätigkeit von Institutionen nicht erschöpften, erschöpfen konnten – diese Erkenntnis hätte nicht ganz unter den Tisch fallen dürfen.

Kurt Klotzbach

Conrad F. Latour / Thilo Vogelsang, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944 – 1947 (= Studien zur Zeitgeschichte), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1973, 227 S., kart., 20 DM.

Marie Elise Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945-1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit (= Studien zur Zeitgeschichte), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1974, 251 S., Pb., 24 DM.

Dreißig Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges kann die westdeutsche Nachkriegszeit, können speziell die Jahre der Besatzungsherrschaft als ein Schwerpunkt im Bereich der Erforschung der deutschen Geschichte angesehen werden. Die Konjunktur für Monumentalstudien wie die von Ernst Deuerlein¹ und Hans-Peter Schwarz² scheint vor-

¹ Ernst Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 1961.

² Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 – 1949, Neuwied/Berlin 1966.